

II- 314 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 9. JULI 1970 No. 248/7

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. LEITNER, REGENSBURGER, Dr. BASSETTI
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik
betreffend Schotterentnahme für den Bau der Inntal-Autobahn in
Jenbach.

In Jenbach wurde für den Bau der Inntal-Autobahn, oberhalb
der großen Tratzberg- und Birkenwaldsiedlung eine große
Schotterentnahmestelle geschaffen. Gegen die Abholzung des
Waldes und die Schotterentnahme in diesem steilen Gelände
oberhalb einer großen Wohnsiedlung hat es warnende Stimmen
gegeben. Durch die Abbaumethode mittels Zentralförderband
gibt es zwangsläufig große Mengen lockeren Materials.

Bereits im Sommer 1969 hat sich sehr deutlich gezeigt, daß
bei starken Regenfällen akute Katastrophengefahr besteht.

Die Gemeinde Jenbach ist größtenteils Eigentümerin der be-
anspruchten Grundfläche und soll eine beachtliche Vergütung
für den entnommenen Schotter erhalten. Die Vertreter der
Gemeinde sollen sich trotz der Erfahrungen des Jahres 1969
gegen eine Einschränkung der Schotterentnahme und gegen
die Eröffnung einer neuen Schotterentnahmestelle östlich
des Dorfes ausgesprochen haben.

Durch ein Gewitter ist am 17.6.1970 eine Katastrophe über
die genannte Siedlung hereingebrochen. Glücklichen Umständen
ist es zu verdanken, daß nur Sachschaden entstanden ist und

-2-

die gefährdeten Personen gerettet werden konnten. Die Bevölkerung der Siedlung ist schwer beunruhigt, weil die Gefahr andauert.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgende

A n f r a g e :

- 1) Beruht es auf Tatsache, daß sich der Vertreter der Gemeinde Jenbach trotz der Erfahrungen im Jahre 1969 gegen eine Verkürzung der Schotterentnahme und damit gegen eine Beseitigung der größten Gefahren ausgesprochen hat?
- 2) Wieso hatzder Vertreter der Gemeinden eine rechtliche Möglichkeit die Einstellung der Schotterentnahme zu verhindern?
- 3) Welche Einnahmen erhält die Gemeinde durch die Schotterentnahme?
- 4) Wie setzen sich diese Einnahmen auf Grund der Eigentumsverhältnisse an den Abbauf Flächen zusammen?
- 5) Bis wann ist mit Beendigung der Schotterentnahme zu rechnen?
- 6) Welche Vorkehrungen werden getroffen, um die Hochwasser- und Lawinengefahr nach Begrünung der Hangflächen auszuschließen?
- 7) Wer ist zur Entschädigungsleistung verpflichtet, wenn in den kommenden Jahren trotzdem weitere Schäden am Eigentum privater Personen auftreten sollten?